

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 110. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. November 2008, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Johannes Callsen (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. von Hans-Jörn Arp

i. V. von Wolfgang Kubicki

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Staatskanzlei zur Entwicklung der Eutiner Sommerspiele	4
Vorlage der Staatskanzlei Umdruck 16/3694	
2. Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe in Einzelplan 04	5
Antrag des Innenministeriums Umdruck 16/3691	
3. Zielvereinbarungen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den Hochschulen i. V. m. dem Antrag auf Zustimmung des Landtages zu der Vereinbarung der Zuweisungen an die Hochschulen über mehrere Jahre gem. § 11 Abs. 1 Hochschulgesetz (HSG)	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2321	
(Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts gem. Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV i. V. m. § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO)	
4. Mündlicher Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Stand der Einführung des neuen Managementsystems ORBIS im Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	8
5. Information/Kenntnisnahme	11
Umdruck 16/3626 - Baumaßnahmen Innenministerium Umdruck 16/3652 - Förderprogramm „Innovativer Schiffbau“ Umdruck 16/3655 - Giftstoffe in der Lübecker Bucht interner Umdruck 16/3602 - Tiefseeforschungsschiff	
6. Verschiedenes	12
7. Vorlage der Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushalt 2009/2010	13
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Umdrucke 16/3635 und 16/3698) Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Umdrucke 16/3684 und 16/3685) Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW (Umdruck 16/3697)	

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Staatskanzlei zur Entwicklung der Eutiner Sommerspiele

Vorlage der Staatskanzlei
Umdruck 16/3694

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht der Staatskanzlei Umdruck 16/3694, den RL Hohmann vorstellt, zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe in Einzelplan 04

Antrag des Innenministeriums
Umdruck 16/3691

P Dr. Altmann hält die Begründung des Innenministeriums für die überplanmäßige Ausgabe für nicht überzeugend und erwartet, dass auch die Landespolizei wie alle Bürgerinnen und Bürger des Landes bei Treibstoffen spare. Es sei angesichts der Finanzlage des Landes und der Belastungen der Steuerzahler nicht länger hinnehmbar, dass bestimmte Tabubereiche von Einsparverpflichtungen ausgenommen würden.

Abg. Heinold regt an, die Polizeibeamten durch entsprechende Schulungen zu einem Sprit sparenden Fahrverhalten anzuhalten.

RL Dr. Saebetzki erwidert, das Innenministerium sei bemüht, alle Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen, und werde auch die Frage der Schulungen in Bezug auf Sprit sparendes Fahren aufnehmen.

Einstimmig willigt der Ausschuss in die überplanmäßige Ausgabe, Umdruck 16/3691, ein.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Zielvereinbarungen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den
Hochschulen i. V. m. dem Antrag auf Zustimmung des Landtages zu der
Vereinbarung der Zuweisungen an die Hochschulen über mehrere Jahre
gem. § 11 Abs. 1 Hochschulgesetz (HSG)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2321

(Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts gem. Artikel 17 Abs. 2
Satz 2 LV i. V. m. § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO)

St de Jager führt aus, ein wesentliches Element der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sei die Profilbildung. Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel konzentriere sich auf die vier Schwerpunkte Meeresforschung, Medizin, Materialwissenschaften, Kulturwissenschaften und wolle sich an dem Wettbewerb um eine Eliteuniversität beteiligen. Die Steigerung der Hochschulzuschüsse um 3,6 %, von der die Hochschulen in unterschiedlichem Maße profitierten (im Wesentlichen die Universitäten Kiel und Flensburg), werde aus Einzelplan 06 erwirtschaftet. In der mittelfristigen Finanzplanung sei ab 2011 ein Exzellenz- und Strukturbudget in Höhe von 5 Millionen € vorgesehen, um Anträge für Exzellenzinitiativen und Strukturinitiativen überregionaler Bedeutung finanziell zu unterstützen.

Für die Universität Flensburg habe man zusätzliche Gelder zur Qualitätssicherung der Lehramtsstudiengänge bereitgestellt. Der Senat der Universität Flensburg habe den Zielvereinbarungen allerdings nicht zugestimmt und fordere eine höhere Mittelzuweisung (6 Millionen €) und Eigensteuerung der Hochschule, wozu die Landesregierung nicht bereit sei. Auf der Grundlage des Berichts der eingesetzten Strukturkommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Prenzel werde man im Frühjahr 2009 möglichst gemeinsam einen Vorschlag zur zukünftigen Struktur der Universität Flensburg erarbeiten. Die anderen acht staatlichen Hochschulen stimmten den Zielvereinbarungen mit dem Land zu.

Die ursprünglich für die Murmann School vorgesehenen Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € könnten erst nach Zustimmung zum Auflösungsvertrag auf die Hochschulen verteilt werden, der am 9. Dezember 2008 im Kabinett behandelt und danach dem Finanzausschuss zugeleitet werde. Die Aufteilung der Summe werde dem Finanzausschuss bis zur nächsten Sitzung inhaltlich und haushaltstechnisch schriftlich erläutert.

Der Finanzausschuss geht davon aus, dass ab 2009 keine Haushaltsmittel mehr für die Murmann School fließen.

P Dr. Altmann vermisst eine transparente Übersicht darüber, welche Landesmittel die Hochschulen in den nächsten fünf Jahren tatsächlich erhielten (inklusive der Personalkostensteigerungen). Eine nachhaltige Verbesserung der Situation an der Universität Flensburg sei mit dem kleckerweisen Nachschieben von Haushaltsmitteln und die Erfüllung der gebotenen Qualitätsstandards der Lehramtsstudiengänge mit den bereitgestellten Mitteln nicht zu erreichen. Gefordert sei eine klare Entscheidung der Landespolitik über die schleswig-holsteinische Hochschullandschaft und die Zukunft der Universität Flensburg, die dann auch solide finanziert werden müsse.

St de Jager macht deutlich, wenn die Universität Flensburg die Zielvereinbarung nicht unterzeichne, werde jährlich über die Höhe der Zuweisungen des Landes entschieden und verzichte die Universität im Gegensatz zu den anderen Hochschulen auf Planungssicherheit für die nächsten fünf Jahre. Im Jahre 2009 müsse es zu einer Strukturentscheidung für die Universität Flensburg kommen. Die Summen der Zuweisungen an die einzelnen Hochschulen sei der Tabelle auf Seite 5 der Vorlage zu entnehmen; die Tarif- und Besoldungssteigerungen, die das Land in voller Höhe übernehme, habe man nicht zahlenmäßig ausgewiesen, weil sich deren Höhe nicht exakt prognostizieren lasse.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, der in der nächsten Landtags-tagung behandelt werden wird, zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Stand der Einführung des neuen Managementsystems ORBIS im Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

St de Jager stellt Frau Kähning, den neuen kaufmännischer Vorstand des UK S-H, vor und beginnt mit seinen Ausführungen: An den beiden Campi Kiel und Lübeck seien bisher unterschiedliche IT-Systeme eingesetzt worden, was zu erheblichen Problemen geführt habe. Zum 1. April 2008 beziehungsweise 1. Juli 2008 sei in Lübeck und Kiel das neue System ORBIS der Firma Agfa für integrierte medizinische Arbeitsplätze mit Zugriff auf alle Laborwerte, Befunde, Arztbriefe und so weiter eingeführt worden. Bei der Einführung sei es zu Schwierigkeiten gekommen, die dazu geführt hätten, dass Abrechnungsrückstände aufgetreten seien, die auch zu einem finanziellen Schaden geführt hätten.

Das Ministerium sei in der September-Aufsichtsratssitzung das erste Mal darüber informiert worden und habe den Vorstand gebeten, dies schnellstmöglich abzustellen und für die Dezember-Sitzung einen Bericht zu erstellen. Inhalt dieses Berichts solle die Frage der Möglichkeit einer Konventionalstrafe sowie von Schadenersatzansprüchen bis zu einer Höhe von 3 Millionen € gegenüber der Firma Agfa sein.

Frau Kähning setzt den Bericht fort: Die Einführung der neuen Software ORBIS sei nicht reibungslos verlaufen, und es habe Verzögerungen insbesondere im abrechnungstechnischen Bereich gegeben. Diese neue Version der Software sei erstmalig an einem Universitätsklinikum eingesetzt worden und somit auch die Schnittstellen des UK S-H, insbesondere die des SAP-Systems, welches sowohl im Controlling als auch im Finanzbereich eingesetzt werde.

Mit sehr großem Engagement arbeite man zusammen mit Agfa daran, diese momentanen Fehler zu lösen; die Abrechnungsproblematik sei bereits gelöst. Im ambulanten Bereich gebe es keine Probleme mehr. Dort könne man reibungslos abrechnen. Im stationären Bereich gebe es noch Verzögerungen, die durch die langsamen Programmantwortzeiten entstünden. Das heiße aber nicht, dass nicht abgerechnet werden könne, sondern es gebe nur Verzögerungen. Zusätzliches Personal sei zur Verfügung gestellt worden, und Prozessabläufe würden optimiert, damit diese Abrechnungen nachgeholt werden könnten. Es gebe einen Abrechnungstau im stationären Bereich, der sich auf rund 20 Millionen € belaufe. Bis zum Jahresende 2008 werde dieser Rückstau definitiv abgearbeitet sein.

Auf eine Reihe von Fragen des Vorsitzenden versichert Frau Kähning, dass der Rückstau der stationären Abrechnung bis zum Jahresende abgearbeitet sein werde. Darüber hinaus seien noch weitere Fehler zu beheben. Es gebe eine definitive Fehlerbehebungsliste mit festen Terminen, die auch mit Agfa abgestimmt seien und in allen Vereinbarungen mit entsprechenden Regressansprüchen gegenüber Agfa dann fixiert würden.

In den Sommermonaten hätten ambulante Behandlungen einen Rückstau aufgewiesen, seit September arbeite die Abrechnung wieder reibungslos, und der Rückstau sei aufgehoben. Dies betreffe die Patienten der gesetzlichen und privaten Krankenkassen bei der Abrechnung der stationären Leistungen. Die Privatabrechnungen durch die Chefärzte, durch die Ordinarien der Klinik, erfolgten durch die Ärzte selbst.

Der Schadenersatz sei noch nicht geltend gemacht worden, weil die rechtliche Prüfung hierzu noch laufe. Der Vertragspartner habe noch keine Andeutungen gemacht, wie er mit Schadenersatzansprüchen umgehen werde. Bezüglich des Schadenersatzes sei das UK S-H noch mit der Prüfung der einzelnen betroffenen Bereiche beschäftigt, sodass eine genaue Zahl noch nicht genannt werden könne. Eine erste Schätzzahl für den Schadenersatzanspruch seien 3 Millionen €. Dies sei aber noch keine endgültige Summe. Sie werde sicher noch darüber hinausgehen.

Auf eine Frage von Abg. Koch antwortet Frau Kähning, dass sich die Summe von 3 Millionen € durch erhöhte Zinslasten und Überstunden von Mitarbeitern an den beiden Standorten in den unterschiedlichsten Berufsgruppen ergebe.

Fragen des Abg. Dr. Garg beantwortet St de Jager wie folgt: Er sei politisch verantwortlich und nicht operativ, und darum könne er die geforderte Garantie, dass der Rechnungstau bis zum Ende des Jahres komplett aufgelöst werden könne, nicht geben. Dies sei nicht seine Aufgabe, und er verweise darauf, dass Frau Kähning dargestellt habe, wie das weitere Vorgehen sein werde. Man lasse sich im Aufsichtsrat darüber berichten und erwarte von der nächsten turnusmäßigen Sitzung im Dezember den endgültigen Bericht mit den vollständig geklärten Fragen.

Die Summe von 3 Millionen € sei eine Schätzzahl des Vorstandes für diese Finanzausschusssitzung, und er gehe davon aus, dass diese Summe im Wesentlichen bleiben werde. Der entscheidende Punkt bei dem entstandenen Schaden sei aus Sicht des Aufsichtsrats, ob man die Schadenssumme im Wege eines Schadenersatzanspruches wieder zurückholen könne, was juristisch geprüft werde, damit das UK S-H schadensfrei bleibe.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erwidert Frau Kähning, dass die Gesamtinvestitionssumme für das System 12 Millionen € betrage, wovon 10 Millionen € den Vertrag mit Agfa betreffen und 2 Millionen € Subsysteme und ergänzende EDV-technische Aufgaben.

Auf eine Frage von P Dr. Altmann führt Frau Kähning au, in den Bereichen Finanzdezernat, in dem die Abrechnungsrückstände entstünden, und Patientenmanagement würden zusätzliche Mitarbeiter finanziert. Darüber hinaus würden ab 1. Dezember im Bereich des Medizin-Controllings, dem Bereich, in dem die Codierung der medizinischen Leistungen vorgenommen werde, zusätzlich zwei Ärzte tätig, die diesen Prozess unterstützten und von Agfa finanziert würden.

Auf die Frage von Abg. Heinold, warum das Parlament von der Landesregierung nicht über die Situation bei UK S-H informiert worden sei, erwidert St de Jager, dass es verfahrensmäßig keine Verpflichtung und keine Notwendigkeit für eine solche Information gebe. Er sehe es dann als erforderlich an, dem Ausschuss einen Bericht abzugeben, wenn die Rechtsaufsicht der Auffassung wäre, es gäbe etwas zu bemängeln und einen Grund einzuschreiten. Man sei nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand nicht der Ansicht, dass es rechtsaufsichtlich etwas zu bemängeln gebe. Er habe keine Veranlassung, darüber zu informieren, zumal es auch noch keine abschließende Prüfung dieses Vorganges gebe.

Einstimmig wird vereinbart, dass der Finanzausschuss vonseiten der Landesregierung und der Leitung des UK S-H in der Sitzung am 15. Januar 2009 über den aktuellen Stand informiert wird.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/3626 - Baumaßnahmen Innenministerium
Umdruck 16/3652 - Förderprogramm „Innovativer Schiffbau“
Umdruck 16/3655 - Giftstoffe in der Lübecker Bucht
interner Umdruck 16/3602 - Tiefseeforschungsschiff

Der Ausschuss nimmt die vier Vorlagen der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Zum **Aktenvorlagebegehren** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Murmann School verständigen sich Finanzausschuss und St de Jager, dass das Wissenschaftsministerium dem Ausschuss die Schreiben über abgeschlossene Vorgänge unverzüglich vorlegt und den Aufhebungsvertrag nach der Behandlung im Kabinett am 9. Dezember 2008 unmittelbar zuleitet.

Zum Aktenvorlagebegehren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. HSH Nordbank teilt St Dr. Wulff abermals mit, die Landesregierung habe den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der HSH Nordbank gebeten, das begehrte Aufsichtsratsprotokoll, das bisher nicht vorliege, alsbald vorzulegen.

- b) Auf eine Frage von Abg. Heinold zu den **Finanzvereinbarungen mit den Kommunen** gibt St Dr. Wulff bekannt, während seitens des Gemeinde- und Städtetages keine ablehnenden Stellungnahmen vorlägen, lehne der Landkreistag das Angebot der Landesregierung ab. In Kürze seien weitere Verhandlungen mit dem Landkreistag vorgesehen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage der Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushalt 2009/2010

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Umdrucke 16/3635 und 16/3698)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Umdrucke 16/3684 und 16/3685)

Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW (Umdruck 16/3697)

Die Abg. Dr. Garg und Heinold äußern ihr Befremden darüber, dass die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, die vor zwei Tagen bereits der Öffentlichkeit vorgestellt worden seien, dem Parlament entgegen der Vereinbarung immer noch nicht vorlägen.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer